

An alle
Mitgliedsunternehmen
in den BGL-Landesverbänden

Frankfurt, 14. Dezember 2009

Wirtschaftliche Perspektiven für das Jahr 2010 – Aufschwung bleibt ungewiss

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Krisenjahr 2009 geht zu Ende. Für die meisten unserer Mitgliedsunternehmen war dieses Jahr – sieht man einmal von Kriegszeiten und der Nachkriegszeit ab – wohl das schwierigste, das je zu bewältigen war. Die Weltwirtschaftskrise hat tiefe Spuren bei unseren Unternehmen und unseren Kunden in Industrie und Handel hinterlassen. Schmerzhaft Anpassungsprozesse waren und sind auch weiterhin nötig, um die finanzielle Stabilität unserer Betriebe abzusichern. Trotz aller Anstrengungen haben es viele unserer Mitgliedsbetriebe nicht geschafft, das Krisenjahr zu überstehen und mussten den für Familienunternehmen schmerzhaften Weg in die Insolvenz gehen oder das Unternehmen schließen. Vielfach war mit diesem Schritt der Verlust der wirtschaftlichen Existenzgrundlage verbunden. Tausende Unternehmerinnen und Unternehmer müssen derzeit mit ihren Mitarbeitern um die Zukunft ihres Unternehmens bangen.

Vor diesem Hintergrund erreichen uns immer mehr Anfragen aus Mitgliederkreisen, ob nunmehr der Talboden erreicht sei und mit einem Aufschwung gerechnet werden könne. Auf der einen Seite sprechen einige Anzeichen für eine Marktberuhigung. Die Nachfrage hat auf ausgewählten Verkehrsmärkten gegenüber den Tiefständen im abgelaufenen Jahr leicht angezogen. Auf der anderen Seite sprechen Branchendaten gegen einen beginnenden Aufschwung, so z.B. die Entwicklung wichtiger Exportmärkte oder die Fahrzeugneuzulassungen in unserem Gewerbe in diesem November. Bereits im Jahr 2008 waren die Neuzulassungen im November von Sattelzugmaschinen um 45 % gefallen. Umso mehr enttäuschen die Zahlen vom November 2009. Das Vorjahresniveau wurde nochmals um 42 % unterboten! Insgesamt ist dies ein alarmierendes Zeichen. Es besteht die Gefahr, dass mit dem Verlust der Investitionskraft und der Investitionsfähigkeit die Zukunftsperspektiven für weite Bereiche des Gewerbes schwinden.

Im Jahr 2010 bleiben so gesehen hohe Risiken und Unwägbarkeiten. Ein Grund zur Entwarnung oder gar zum Durchatmen ist vielfach nicht erkennbar. Auf den internationalen Finanzmärkten haben sich bereits wieder gefährliche „Spekulationsblasen“ gebildet, der Export in wichtigen Branchen kommt nicht in Schwung. Zudem zögern nicht nur in unserem Bereich die Banken bei der Kreditversorgung. Liquidität, die für das Überleben notwendig ist, wird immer häufiger versagt. Allerorten fehlt es trotz der Konjunkturmaßnahmen an ausreichenden und bezahlbaren Kreditkonditionen für den Mittelstand. Für viele unserer Kolleginnen und Kollegen ist es unerklärlich, ja skandalös, wenn Hausbanken für kurzfristige Festgelder 1 % Habenzinsen bieten und für Kontokorrentkredite zweistellige Zinssätze verlangen. Unter diesen Bedingungen bleibt unseren mittelständischen Unternehmen vielfach nur die Wahl, auf Investition und Innovation zu verzichten.

In dieser Situation haben wir unsere Kontakte in die Politik genutzt, um die dramatische Situation bei der Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft darzustellen. Ein von der Bundesregierung bestellter „Kreditmediator“ reicht eben nicht aus, Tausenden von mittelständischen Unternehmen in Finanzangelegenheiten die notwendige Unterstützung zu geben. Was gebraucht wird, ist rasche und unbürokratische Hilfe, damit Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden können. Im Gegensatz zu Großkonzernen, die im Rahmen ihrer globalen Strategie Arbeitsplätze nach Belieben streichen oder in andere Länder und Kontinente verlagern, bleibt der Mittelstand in Deutschland bodenständig und damit unverzichtbarer Garant für die Beschäftigung der breiten Bevölkerung.

Trotz aller Ungewissheiten, die das Jahr 2010 noch bringen wird, ist mit dem Regierungswechsel eine positive Trendwende in der Verkehrspolitik zu verzeichnen. Die gnadenlose Jagd auf den Lkw und unsere gesamte Branche ist beendet worden. Die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und der FDP setzt neue Akzente und lässt das deutsche Gewerbe auf stabilere Rahmenbedingungen hoffen. Ganz entscheidend ist die Absicht der neuen Bundesregierung, nicht weiter an der Mautschraube zu drehen und auch bei der so genannten „Anlastung externer Kosten“ auf ein ausgewogenes Konzept der EU-Kommission zu bestehen. Wie wichtig dieses Signal in dieser Zeit ist, lässt sich daran messen, dass nach den Plänen der EU-Kommission und des Europaparlaments durch die Anlastung so genannter externer Kosten (Staukosten, Luftverschmutzungskosten, Lärmkosten) Mehrbelastungen auf das deutsche Gewerbe in Milliardenhöhe zukämen. Allein bei den Staukosten hatte die EU-Kommission in Ballungsräumen Mautzuschläge von bis zu 65 Cent pro Kilometer als Obergrenze definiert. Der Bundesregierung, aber auch zahlreichen Mitgliedern im Europäischen Parlament, ist klar, dass eine derartig drastische Verteuerung in der Wirtschaftskrise oder einem beginnenden Wirtschaftsaufschwung einem Existenzvernichtungsprogramm im deutschen und europäischen Verkehrsgewerbe gleich käme. Mit dem nunmehr von der Bundesre-

gierung verkündeten „Mautmoratorium“ sind diese Belastungspläne zwar nicht endgültig zu den Akten, aber doch auf Eis gelegt. Der BGL hatte im Vorfeld der politischen Entscheidungen seinen gesamten Einfluss geltend gemacht, keine von den europäischen Eisenbahnen angestrebte „Belastungsorgie“ gegen die mittelständische Transportwirtschaft zuzulassen. Die politischen Bemühungen des BGL haben auf diesem Gebiet Früchte getragen.

Das nunmehr verkündete Mautmoratorium reicht uns jedoch keineswegs aus. Nicht vergessen ist die maßlose Mauterhöhung zum 01. Januar 2009, die viele Unternehmen in den Ruin oder an den Rand der Zahlungsunfähigkeit getrieben hat. Nach unserer Auffassung, die von Rechtsexperten bestätigt wird, dürfte die Lkw-Mauthöhe nicht im Einklang mit europäischem und nationalem Gebührenrecht stehen. Wie bereits angekündigt, werden wir in diesen Tagen drei Musterklagen einreichen, um unsere Rechte zu wahren. Sollten wir einen gerichtlichen Erfolg erzielen, werden überhöhte Mauten zurückgezahlt werden müssen. Achten Sie bitte auf Hinweise Ihres Landesverbandes, damit Sie bei positivem Ausgang der Musterverfahren nicht leer ausgehen. Bis zu einer Klärung der Rechtsfragen wird ein langjähriges Verfahren zu durchlaufen sein, so dass ein langer Atem und Durchhaltevermögen zählen.

Aber nicht nur in der langfristigen Schau, sondern auch in der kurzfristigen Perspektive, ergeben sich neue Schwerpunkte in der Verkehrspolitik. Während unter der abgelösten Bundesregierung das Mautharmonisierungsprogramm in bürokratischen Wendeschleifen zu enden drohte, hat die neue Leitung im Verkehrsministerium den „Ermessensspielraum“ einer vernünftig handelnden Verwaltung wiederentdeckt und umgesetzt. Transportunternehmer müssen dank der politischen Initiative des BGL und der schnellen Reaktion der neuen Hausleitung im Verkehrsministerium nicht darum bangen, dass die im Mautharmonisierungsprogramm beantragten Beihilfen zum 31.12.2009 „verfallen“ und Abschlagszahlungen zinspflichtig zurückgezahlt werden müssen. Maßnahmen, die in diesem Jahr begonnen, aber aus vom Unternehmen nicht zu vertretenden Gründen nicht mehr abgeschlossen werden können, dürfen bis zum 31.03. des nächsten Jahres nachgeholt werden. Allein durch diese Verwaltungsanweisung konnten Fördermittel in zweistelliger Millionenhöhe für das Gewerbe „gerettet“ werden. Bitte versäumen Sie es nicht, ggf. mit dem BAG die Übertragbarkeit von De-minimis-Maßnahmen abzustimmen. Nähere Informationen sind auch über Ihren Landesverband erhältlich.

Ebenso wichtig ist es, Ihre Förderanträge für das Jahr 2010 rechtzeitig zu stellen. Die Antragsfristen enden für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen am 15. Februar 2010. Anträge auf De-minimis-Beihilfen müssen bis zum 31. März 2010 gestellt sein. Immerhin stehen Ihnen 1.400 Euro pro mautpflichtigem Fahrzeug als Harmonisierungsanspruch aus den gezahlten Mautabgaben zu. Lassen Sie dieses Geld nicht verfallen. Sowohl unsere Landesverbände als auch die SVGen

helfen Ihnen gerne dabei, Anträge auszufüllen und Kosten zu senken. Wer das Verfahren erst einmal „begriffen“ hat, kann zukünftig innerhalb weniger Minuten Förderanträge stellen und sich einen Zuschuss sichern.

Gleiche Überlegungen gelten für Maßnahmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung. In diesem Jahr steht wiederum ein dreistelliger Millionenbetrag zur Verfügung. Nutzen Sie die Chance, junge Menschen auszubilden und dafür einen großzügigen Zuschuss von bis zu 70 % zu den Ausbildungskosten von Vater Staat abzufordern. Auch auf diesem Gebiet helfen Ihnen gerne die Landesverbände und SVGen. Bitte bedenken Sie, dass am Ende der Krise Fahrer noch knapper sein werden als wir dies vor 2 Jahren noch beklagt haben. Ein Drittel aller Fahrer wird in acht bis zehn Jahren in den wohlverdienten Ruhestand eingetreten sein. Es ist dringend geboten, jetzt vorzusorgen und die staatliche Förderung zu nutzen. Unser wertvollstes Kapital sind unsere Mitarbeiter. Neben stimmigen Bilanzzahlen ist die Pflege einer intakten „Unternehmenskultur“ von hoher Bedeutung. Die Wertesysteme unserer Betriebe, wie z.B. Prinzipientreue, Redlichkeit und faire Zielvorgaben, müssen transparent gemacht und von uns vorgelebt werden, damit diese Inhalte von unseren Mitarbeitern verinnerlicht und glaubwürdig umgesetzt werden können.

Alles in allem belaufen sich die Mittel im Mautharmonisierungsprogramm auf 600 Mio. Euro jährlich, die an mautpflichtige Transportunternehmen aus dem Mautaufkommen zurückgegeben werden. Die vom BGL im Jahr 2000 erwirkte Zusage des damaligen Kanzleramtschef Dr. Steinmeier ist jetzt erstmalig vollständig umgesetzt worden. Damals wurde politisch die Formel vereinbart, dass mit der Lkw-Maut auch ein größtmöglicher Harmonisierungsschritt im Europäischen Wettbewerb erfolgen müsste. Bitte vergessen Sie nicht, dass es der BGL war, der diese Zusage politisch eingefordert und mit viel Beharrlichkeit nunmehr umsetzen konnte. Es lohnt sich für die Mitglieder, im Verband aktiv zu sein und zusammenzustehen. Ohne die Interventionen des BGL hätte es zweifellos eine Lkw-Maut und die Lkw-Mauterhöhung ohne Harmonisierungsfortschritte gegeben.

Selbstverständlich werden wir auch im kommenden Jahr an dem Thema „europäische Harmonisierung“ weiterarbeiten und auf der Umsetzung von weiteren Harmonisierungsmaßnahmen bestehen. In Brüssel stehen dafür wichtige Dossiers im Zentrum der Beratungen; so zum Beispiel zur Mineralölbesteuerung (Energiebesteuerung), aber auch zur CO₂-Besteuerung. Wir haben auf beiden Gebieten klare Positionen bezogen und darauf verwiesen, dass deutsche Transportlogistikunternehmen bereits heute 170 Euro pro Tonne CO₂ an Sonderabgaben des Kraftverkehrs entrichten. Nur ein geringer Anteil dieser Sonderabgaben fließt für Infrastrukturmaßnahmen in den Straßensektor zurück, so dass bereits heute gilt: Kein anderer Wirtschaftsbereich zahlt so hohe Klimaschutzabgaben über die Energiesteuer wie der Straßenverkehr.

Der BGL wird sich in diesem Zusammenhang gemeinsam mit seinem Weltverband, der IRU, für die Senkung der CO₂-Emissionen einsetzen. Ökologische und ökonomische Zielsetzungen widersprechen sich in diesem Zusammenhang nicht. Neue Motorengenerationen, die wesentlich weniger Kraftstoff verbrauchen, senken die Kosten und schaffen Investitionsspielräume in kraftstoffsparende Technik. Diese Chancen gilt es zu nutzen.

Die neue Euro VI-Norm, die ab 2014 gelten wird, ist dagegen jedoch kontraproduktiv. Neben erheblichen Fahrzeugmehrkosten entsteht Kraftstoffmehrverbrauch durch höhere Verbrennungstemperaturen. Dieser Zustand ist angesichts der Klimaschutzanstrengungen nicht haltbar. Der BGL wird sich dafür einsetzen, dass Unternehmen nicht in eine Motorengeneration investieren müssen, die schon vor ihrer Einführung überholt ist. Euro VI muss einer Revision unterzogen werden. Es geht darum, verbrauchsgünstigere und umweltfreundlichere Motore mit verlässlichen und planbaren Investitionszyklen zu entwickeln. Das Transportlogistikgewerbe und die Nutzfahrzeugindustrie dürfen ab 2014 mit einer überholten Euro VI-Norm nicht in ein neues, unkalkulierbares Investitionsrisiko getrieben werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gewerbepolitik hat viele Facetten, die im kommenden Jahr für die Gestaltung unserer Zukunft von Bedeutung sind. Wenn Sie sich für Einzelheiten interessieren, laden wir Sie ein, den BGL-Jahresbericht anzufordern und sich mit den vielfältigen Aktivitäten vertraut zu machen. (Der Jahresbericht steht auch auf der BGL-Homepage, www.bgl-ev.de, als Download bereit.). Sie werden dabei feststellen, dass „Ihr BGL“ auf zahlreichen Gebieten gefordert ist und Ihre Interessen mit Augenmaß und konsequent verfolgt. Damit dies so bleibt, erbitten wir weiterhin Ihre tatkräftige Unterstützung. Über Ihre Landesverbände können Sie jederzeit aktiv die Inhalte der Gewerbepolitik mitgestalten und die Arbeit der Ausschüsse und Arbeitskreise im BGL bereichern.

Gemeinsam können wir etwas bewegen. Es gilt, trotz schwieriger Verhältnisse sich nicht auseinanderdividieren zu lassen und zusammenzustehen. Wettbewerb ist die Triebfeder der Verkehrsmärkte, er darf aber das Gewerbe nicht zerreißen. Wir müssen mit kühlem Kopf Dumpingangebote zurückweisen, damit Kosten- und Leistungsbewusstsein gerade in der Krise als Ausweg begriffen werden. Deshalb unser Appell an Sie, trotz aller Rivalität im Wettbewerb, das kollegiale Miteinander und gemeinsame Zielsetzungen nicht außer Acht zu lassen. Je geschlossener das Gewerbe sich im Markt präsentiert, umso größer sind die Chancen des Einzelnen, mit außergewöhnlichen Belastungen fertig zu werden. Unverzichtbar bleibt, nicht kostendeckende Kapazitäten abzubauen, statt diese über den Markt zu Dumpingpreisen verschleudern zu müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wünschen Ihnen, Ihren Familien, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einige geruhsame und unbeschwerte Feiertage. Auch wenn sich die vor uns liegenden Probleme haushoch aufürmen, zeigt die Lebenserfahrung, dass die Kraft des Unternehmertums und die Kreativität im Mittelstand die entscheidenden Schlüssel zum Erfolg sind. „Unternehmen“ wir also etwas im Jahr 2010 und lassen wir uns nicht von Resignation und den Enttäuschungen der vergangenen Monate treiben. Der BGL wird auf ehrenamtlicher und hauptamtlicher Ebene alles daran setzen, gewerbewirtschaftliche und gewerbepolitische Rahmenbedingungen so zu verändern, dass neue Chancen ergriffen werden können.

Mit freundlichen Grüßen

BGL-Präsidium

gez.

Hermann Grewer Claus-O. Herzig Hans-Dieter Otto

Klaus Peter Röskes Thomas Usinger Adalbert Wandt Hans Wormser